

Rede
Kiel, 25.08.2011

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Mädchenarbeit in Schleswig-Holstein sichern

Der SSW hält es für sehr wichtig, dass wir uns im Plenum regelmäßig mit dem Thema Mädchenarbeit beschäftigen. Denn hier wird besonders deutlich, wie negativ und kontraproduktiv sich der schwarz-gelbe Doppelhaushalt mitunter auswirkt. Der vorliegende Antrag der SPD erinnert ohne Übertreibung daran, dass die Mädchenarbeit insgesamt bedroht ist. Und darin, dass sich an dieser Situation dringend etwas ändern muss, ist sich die Opposition sicher einig. Fakt ist leider, dass CDU und FDP in diesem konkreten Fall für eine vergleichbar geringe Einsparung von nicht einmal 150.000 Euro schwere Schäden an der sozialen Infrastruktur in Kauf nehmen.

Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass diese Fehlentscheidung die Zukunft der Mädchenarbeit hier in Schleswig-Holstein akut bedroht: Keiner der vier Mädchentreffs, die bisher landesweit tätig waren, wird noch vom Land gefördert. Als Folge musste ein Treff schließen und die anderen 3 ihre Angebote stark einschränken. Auch sie existieren nur noch, weil entweder Gemeinden, Kreise oder Stiftungen eingesprungen sind. Und die Mitarbeiterinnen müssen immer mehr von ihrer kostbaren Arbeitszeit dafür verwenden, um kurzfristig eine alternative Finanzierung auf die Beine zu stellen. Von Planungssicherheit kann also keine Rede mehr sein. Mittel- bis langfristig angelegte Aktivitäten und Projekte, wie etwa Freizeiten oder Jugendaustausche, sind erst einmal Geschichte.

Mädchenarbeit ist facettenreich und trägt ganz konkret zu einer verbesserten Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen bei. Eigenständigkeit und

Selbstbehauptung werden gestärkt und die Identitätsbildung unterstützt. Auch Orientierung und Beratung rund um Themen wie Familie und Beruf, suchtpräventive Maßnahmen, oder konkrete Hilfen für Gewaltopfer sind Inhalt der Arbeit in den Mädchentreffs. Und bekanntlich profitieren Mädchen und junge Frauen aus bildungsfernen Schichten, neben denen mit Migrationshintergrund, besonders stark von dieser Arbeit.

Das große Potential dieser geschlechtsspezifischen Form der Jugendarbeit wurde natürlich auch in Schleswig-Holstein erkannt und weiterentwickelt. Dem entsprechend finden sich auch auf der Internetseite des Sozialministeriums Qualitätsempfehlungen zur Mädchen- und Jungenarbeit. Es mutet allerdings schon sehr grotesk an, wenn hier von „langfristigen Konzepten“ oder „struktureller Absicherung“ und „Kontinuität“ die Rede ist, während die Förderung eben jener landesweit tätigen Treffs eingestellt wird, die als Modell für kommunale Angebote dienen sollen. In der heutigen Situation, in der nicht einmal die Grundlage der Mädchenarbeit gesichert ist, kann von einer qualitativen Weiterentwicklung wohl kaum die Rede sein. Anspruch und Wirklichkeit liegen hier meilenweit auseinander.

Die vorhandenen kommunalen Beratungs- und Hilfestrukturen können diese Arbeit weder in vergleichbarem Umfang noch in ähnlicher Qualität leisten. Es ist richtig, dass es alternative Angebote für die Mädchen gibt. Das ein oder andere Jugendzentrum hält ein Mädchenspezifisches Angebot vor. Fakt aber ist, dass dieser sinnvolle pädagogische Ansatz auf sporadische Angebote reduziert wird und mittel- bis langfristig verkümmert. Aus Sicht des SSW ist eine solche Entwicklung schlicht beschämend. Und mit Blick auf die vorangegangenen Debatten zur Frauen- und Mädchenarbeit muss ich eines klar sagen: Die Lösung liegt doch nicht darin, auf das ehrenamtliche Engagement zu verweisen oder auf den guten Willen der Kommunen zu hoffen.

Ich will noch einmal zusammenfassen: Mädchenarbeit ist und bleibt unentbehrlich und hat nicht selten präventiven Charakter. Sie kann nicht ohne weiteres kompensiert werden und ihr Wegfall führt mit hoher Sicherheit zu gesellschaftlichen Folgekosten. Auch in diesem Bereich gilt: Einmal zerstörte Strukturen müssen mühsam wieder aufgebaut werden. Zukunftsperspektiven schafft man nicht durch eine verantwortungsvolle Schuldenpolitik allein. Da gehört wesentlich mehr dazu. Voraussetzung hierfür ist auch, dass man sich intensiv mit den Beteiligten vor Ort auseinandersetzt.